

## Das Volksinitiativrecht in der Eidgenossenschaft

In der Herbstsession dieses Jahres hat der Nationalrat beschlossen, daß Volksinitiativen in Erstreckung der geltenden Jahresfrist inskünftig innert zwei Jahren mit zweijähriger Fristverlängerung in Ausnahmefällen von der Bundesversammlung behandelt werden müssen. Im Hinblick auf die Behandlung dieses Geschäftes in der am Montag beginnenden außerordentlichen Session durch den Ständerat begründet nachfolgend der Ordinarius für Bundesstaatsrecht an der Universität Zürich seine vom Nationalratsbeschuß abweichende Auffassung.

Red. der „N. Z. Z.“

Mit der Annahme der Volksinitiative für die „Rückkehr zur direkten Demokratie“ ist die Referendumsdemokratie in der Eidgenossenschaft noch nicht restlos in ihre Rechte eingesetzt worden. In der Sicherstellung der Volksrechte klafft vielmehr noch eine bedeutsame Lücke. Diese betrifft das Volksinitiativrecht. Gemäß Art. 7 und 8 des Bundesgesetzes von 1892 über das Verfahren bei Volksbegehren und Abstimmungen betreffend Revision der Bundesverfassung hat die Bundesversammlung spätestens innert Jahresfrist die einzelne Volksinitiative in Beratung zu ziehen und darüber Beschluß zu fassen, ob sie ihr zustimmt oder nicht. Diese Frist ist zum Schutze des Volksinitiativrechts und der Initianten aufgestellt worden. Es gehört eben zum Wesen des Volksinitiativrechts, daß die Initianten des Verfahrens der Volksinitiative unmittelbar aufeinander folgen müssen, diese somit in gemessener Zeit behandelt und Volk und Ständen unterbreitet werden, sonst besteht die Gefahr, daß sich die Ausübung des Volksinitiativrechts nicht mehr auswirken kann und die einzelne Volksinitiative gegenstandslos wird.

Diese Fristbestimmung wird aber in der Praxis je länger je weniger befolgt. So erfolgte die Beschlußfassung der Bundesversammlung in den letzten fünfzehn Jahren nur in 5 von 26 Fällen von Volksinitiativen innerhalb der gesetzlichen Frist. Dieser Umstand ist in der Hauptsache daraus zu erklären, daß die eidgenössischen Räte vor ihrer Beschlußfassung den Bundesrat um materielle Berichterstattung und Antragstellung über die einzelne Volksinitiative auffordern, diese bundesrätliche Berichterstattung und Antragstellung jedoch nicht rechtzeitig erfolgt, in den meisten Fällen nicht einmal innerhalb der für die Erledigung der Volksinitiative durch die Bundesversammlung gesetzlich vorgeschriebenen einjährigen Frist.

Die Volksinitiativen auf Partialrevision der Bundesverfassung erfahren vielmehr durch den Bundesrat in zunehmendem Maße eine dilatorische Behandlung. Einzelne Volksinitiativen verschwanden für mehrere, ja viele Jahre in den Schubladen des Bundeshauses. So wurde in den letzten fünfzehn Jahren der bundesrätliche Bericht nur in 9 von 26 Fällen von Volksinitiativen vor Ablauf der Jahresfrist vorgelegt. So hatten im Jahre 1945 12 Volksinitiativen, die seit mehr als Jahresfrist eingereicht worden, der materiellen Behandlung durch die Bundesbehörden; davon war eine Initiative bereits 14 Jahre, eine 12 Jahre, zwei 11 Jahre, drei 10 Jahre, eine 9 Jahre, zwei 3 Jahre und drei 2 Jahre alt. Auch die am 11. September 1949 angenommene Volksinitiative für die „Rückkehr zur direkten Demokratie“ wurde vom Bundesrat nicht rechtzeitig behandelt. Auch wenn die gesetzliche einjährige Frist zur Behandlung der Volksinitiativen durch die Bundesbehörden zweifellos zu knapp bemessen ist, so rechtfertigt dieser Umstand keineswegs die langjährige „Schubladierung“ von Volksinitiativen, ganz abgesehen davon, daß diese gesetzliche Unzulänglichkeit schon längst hätte beseitigt werden sollen.

Diese Praxis einer langjährigen Verschleppung in der Erledigung von Volksinitiativen kann nun dazu führen, daß die einzelne Volksinitiative dadurch unter Umständen gegenstandslos wird und die Ausübung des Volksinitiativrechts sich infolgedessen praktisch nicht mehr ganz auswirken kann, indem es eben zu spät zur Abstimmung kommt und diese daher sinnlos wird oder aber die Abstimmung überhaupt nicht stattfindet, wenn die Initianten ihr Begehren angesichts seiner Gegenstandslosigkeit zurückziehen. 1948 wurde der Bundesrat durch ein Postulat eingeladen, die Frage zu prüfen, ob nicht die Möglichkeit geschaffen werden könne, gegenstandslos gewordene Initiativbegehren ohne Abstimmung durch die eidgenössischen Räte zu erledigen. So wurden 1947 fünf aus den Jahren 1931, 1933, 1935, 1936, 1942 stammende Volksinitiativen und 1948 eine vom Jahre 1934 datierte

Volksinitiative angesichts der Tatsache, daß sie infolge ihrer langjährigen Schubladierung gegenstandslos geworden waren, zurückgezogen. Diese Praxis der dilatorischen Behandlung von Volksinitiativen greift somit in die Substanz des Volksinitiativrechtes selber ein und degradiert dieses praktisch zu einem Petitionsrecht. Die Schubladen des Bundeshauses werden auf diese Weise allmählich zu Grabeskammern des Volksinitiativrechtes. Allerdings kann die einzelne Volksinitiative die Kreise der Bundesverwaltung stören und deren Gesetzgebungspläne irgendwie kreuzen. Dies gehört jedoch zur Eigengesetzlichkeit des Volksinitiativrechtes und vermag daher eine dilatorische Behandlung von Volksinitiativen in keiner Weise zu rechtfertigen. Denn die Verfassungsinitiative des Volkes steht auf derselben Rangstufe wie diejenige der Bundesversammlung; sie ist rechtlich der Verfassungsinitiative des Bundesrates, die nur ein Initiativbegehren an die eidgenössischen Räte bildet, übergeordnet. Der Möglichkeit, daß eine Volksinitiative die Pläne der Bundesbehörden irgendwie kreuzt, hat die Bundesverfassung dadurch in abschließender Weise Rechnung getragen, daß die Bundesversammlung der Volksinitiative einen eigenen Entwurf gegenüberstellen kann.

Die Praxis der Verschleppung in der Behandlung von Volksinitiativen hat naturgemäß in der Öffentlichkeit allmählich Aufsehen erregt. Sie hat auch zu einem Postulat im Nationalrat geführt, das den Bundesrat einludt, zu prüfen, ob nicht die gesetzliche Jahresfrist für die Stellungnahme der Bundesversammlung zu Volksinitiativbegehren verlängert werden soll. Daraufhin hat der Bundesrat mit Botschaft vom 16. November 1948 der Bundesversammlung eine Vorlage betreffend die Abänderung des oben erwähnten Bundesgesetzes von 1892 unterbreitet. Wer aber erwartet hatte, daß der Bundesrat zum Zwecke der Abstellung der Mißstände in der Behandlung von Volksinitiativen wenigstens eine Verlängerung der gesetzlichen Frist für die Erledigung der Volksinitiativen vorschlagen werde, sah sich getäuscht. Da eine Frist für Notrechtszeiten nach der Ansicht des Bundesrates unter Umständen nicht genügt, wurde von einer Befristung überhaupt abgesehen; Art. 7 und 8 des Bundesgesetzes von 1892 sollten vielmehr dahin abgeändert werden, daß die eidgenössischen Räte nach gegebenen Umständen einen Zeitverlaß darüber Beschluß zu fassen gehabt hätten, ob sie dem Initiantenverzug zustimmen oder nicht. Damit wäre jedoch die bisherige Praxis der dilatorischen Behandlung von Volksinitiativen einfach legalisiert worden. Ja, dieser Vorschlag hätte die Lage nur verschlimmert. Die Bundesbehörden wären an keine Frist mehr gebunden gewesen; sie hätten auf diese Weise mit Bezug auf die Frist zur Erledigung von Volksinitiativen einfach Blankovollmacht erhalten. Das hätte naturgemäß der Praxis der Verschleppung in der Behandlung von Volksinitiativen noch mehr Tür und Tor geöffnet.

Erfreulicherweise ist der Nationalrat auf Antrag seiner Kommission auf diesen vom Vollnachteinstig inspirierten Vorschlag — die Bundesgesetzgebung kann nicht auf den Ausnahmefall zugeschnitten werden — nicht eingetreten, sondern hat in der letzten Session eine Verlängerung der gesetzlichen Frist für die Behandlung von Volksinitiativen auf zwei Jahre beschlossen. Falls die einzelne Volksinitiative aus zwingenden Gründen innert dieser Frist ausnahmsweise nicht behandelt werden könne, soll dann der Bundesrat rechtzeitig der Bundesversammlung einen vorläufigen Bericht erstatten; diese kann dann die Frist um höchstens zwei Jahre verlängern.

Obwohl diese Beschlüsse zweifellos einen großen Fortschritt gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag bedeuten, genügen sie meines Erachtens für die Wiederherstellung und den Schutz des integralen Volksinitiativrechtes nicht. Nach den bisherigen Erfahrungen käme es nämlich auf Grund

dieser Beschlüsse wohl darauf hinaus, daß der Ausnahmefall der Verlängerung der zweijährigen Frist um weitere zwei Jahre die Regel würde, so daß die Frist in Wirklichkeit vier Jahre betrüge. Eine solche Frist erscheint aber wohl zu lang, ganz abgesehen davon, daß die Fristen der nationalrätlichen Beschlüsse sich offensichtlich auf die Behandlung der Volksinitiativen durch den Bundesrat beziehen, so daß die Frist bis zur Beschlußfassung durch die Bundesversammlung noch länger wäre. Eine Frist von drei Jahren sollte ein Maximum sein. Überdies vermag meines Erachtens eine Fristbestimmung allein angesichts der bisherigen Erfahrungen Verschleppungen in der Behandlung von Volksinitiativen in Zukunft kaum zu verhindern. Wie sollte auch in allen Fällen von Volksinitiativen eine drei- bis vierjährige Frist allein genügen zum Schutze des Volksinitiativrechtes, wenn erfahrungsgemäß einzelne Volksinitiativen 14, 12, 11, 10, 9 Jahre verschleppt wurden?

Eine rechtzeitige Erledigung der Volksinitiativen kann vielmehr nach meinem Dafürhalten nur dadurch gewährleistet werden, daß man die Befolgung der gesetzlichen Fristbestimmung in zureichendem Maße sicherstellt, analog wie dies im neuen Art. 80 bis der Bundesverfassung geschehen ist. „Nicht perfectum“ genügen nicht mehr. Und zwar sollte das Bundesgesetz von 1892, nachdem die dilatorische Behandlung von Volksinitiativen in der Hauptsache auf den Bundesrat zurückgeht, diese Sicherung in der Weise vorsehen, daß bei Mißachtung der Frist nach sich zieht, sicherlich immer rechtzeitig in das Verfahren einschalten, um nicht seinen Einfluß auf die Bundesversammlung bei der Behandlung der Volksinitiativen zu verlieren. Als ultima ratio bestünde noch die Möglichkeit, die diesbezügliche Sicherung des Volksinitiativrechtes auf dem Wege einer Volksinitiative zu versuchen.

Prof. Dr. Z. Giacometti

## Kleine Mitteilungen

**Totentafel.** Am Mittwoch verschied in Wohlen Buchdrucker Kasimir Meyer. Seniorchef der Aktien-Gesellschaft Kasimir Meyers Söhne, Buchdruckerei in Wohlen. Der Verstorbene, der 61 Jahre alt geworden ist, hatte das Druckereigewerbe aus kleinen Anfängen auf eine beachtliche Höhe gebracht. Im Verlag Kasimir Meyers Söhne erschienen u. a. der „Wohler Anzeiger“ und der „Freiamter Kalender“.

**Postjubiläum-Ausstellung in Winterthur.** E. R. Im Gedenkhaus von Winterthur ist gegenwärtig und bis zum 6. November eine hervorragend schöne und interessante Ausstellung untergebracht, die vom Postpersonal von Winterthur unter der Leitung von Postverwalter Pfaff zusammengestellt wurde und die in sehr anschaulicher Weise den gesamten Post- und Telefonbetrieb und seine Entwicklung darstellt. Als besondere Attraktion ist eine wertvolle Briefmarken-Ausstellung damit verbunden, die einen ganzen Saal ausfüllt und die eine Reihe kompletter Sammlungen aus der Schweiz, Liechtenstein, Alt-Österreich, Belgien, Polen, Holland, Deutschland, Flugpost usw. in ansprechender Aufmachung zur Darstellung bringt. Alles ist mit großen Plakaten, die vom Postpersonal hergestellt wurden, gut gekennzeichnet, gelegentlich auch mit Humor gespickt, wobei der Verkehr zwischen Post und Publikum trefflich geschildert ist.

**Marshall Mannerheim in Montreux.** Montreux, 20. Okt. Der Marshall Mannerheim, der ehemalige Präsident der Finnischen Republik, ist zu einem längeren Aufenthalt in Montreux eingetroffen.

**Einweihung der neuen Leglerhütte.** Am Sonntag wurde in den Glarner Freiherren die neue Leglerhütte eingeweiht, welche in einer Höhe von 2277 m steht und die alte, kleinere Leglerhütte, die über 40 Jahre in Betrieb war, ersetzt. Der Einweihung wohnten Vertreter der Glarner Regierung, mehrerer glarnerischer Gemeinden, Vertreter des S. A. C. mit Zentralpräsident M. Jenni an der Spitze und über 500 jährige Bergfreunde bei. Die Bergpredigt hielt Pfarrer Rudolf Bezola aus Schwanden. Die neue Leglerhütte besitzt zwei Aufenthaltsräume und 60 Schlafstellen.

Nahrung als Folge der Eisenbahn Einzug in dieses früher abgelegene Alpenland genommen hat, nimmt auch die Zahnkaries enorm zu. Die verkochten Speisen machen einen Kauakt fast unnötig; nicht nur wird das Kieferwachstum im Kindesalter dadurch ungenügend stimuliert, so daß die Kiefer- und Zahnstellungsanomalien immer häufiger werden, sondern auch der Speichelfluß wird auf ein Minimum reduziert, so daß die natürliche Reinigung und Sanierung der Mundhöhle fehlt.

Wissenschaftliche Arbeiten haben bewiesen, daß in einem gesunden, flüssigen Speichel die Mikroorganismen nur schwer gedeihen. Die normale Mundflora aber mit Medikamenten eindämmen zu wollen, ist ein biologischer Fehler, und so sagt Prof. von Gonzenbach, daß jedes Desinfektionsmittel, das die Mikroorganismen auf der Schleimhaut schädigt, gleichzeitig die Zellen der Schleimhaut schädigt. So wie man ein Kopfwahlpulver nur bei Kopfschmerzen einnimmt oder Sulfamide nur bei bestimmten Infektionserkrankungen, so sollten medikamentöse Zahnpasten nur ausnahmsweise Verwendung finden und über deren Zweckmäßigkeit kann nur der Arzt oder Zahnarzt entscheiden.

Solange wir aber nicht zu einer gesünderen Ernährungsweise zurückkehren, solange es an der Selbstreinigung der Zähne und den damit im Zusammenhang stehenden gesunden Speicherverhältnissen fehlt, wird es auch ohne künstliche Mundhygiene nicht abgehen. Hierzu ist nun das Kochsalz oder Kochsalzpräparat, insofern dieses lediglich aus chemisch neutralen Stoffen zusammengesetzt ist, ganz speziell indiziert.

## Die Alkoholverwaltung im Jahre 1948/49

Bern, 21. Okt. + Die Betriebsrechnung der eidgenössischen Alkoholverwaltung für das Geschäftsjahr 1948/49 schließt bei 44,7 Millionen Franken Einnahmen und 25,9 Millionen Franken Betriebsausgaben mit einem Einnahmenüberschuß von 18,8 Millionen Franken ab. Dieses Ergebnis bleibt wesentlich hinter dem Einnahmenüberschuß des Vorjahres von 27,5 Mill. Fr. und des Jahres 1946/47 mit 31,5 Mill. Fr. zurück. Die Einnahmen bewegten sich wieder auf der Höhe des ersten Nachkriegsjahres, während die Ausgaben sich um 10 bis 15 Prozent höher stellen als damals.

Der Einnahmenüberschuß von 18,8 Millionen Franken soll wie folgt verwendet werden: Auszahlung an den Bund 2 Fr. 20 auf den Kopf der Wohnbevölkerung (9 384 546 Fr. 60); Auszahlung an die Kantone 2 Fr. 20 auf den Kopf der Wohnbevölkerung (9 384 546 Fr. 60); Vortrag auf neue Rechnung 11 238 Fr. 90.

Wenn man die Rechnungsergebnisse für 1948/49 mit denen des Vorjahres vergleicht, so ergibt sich, daß sowohl die Einnahmen aus dem Verkauf gebrannter Wasser wie aus der Brauwasserbesteuerung wesentlich zurückgefallen sind. Der Rückgang der Verkaufs- und Steuererlöse läßt darauf deuten, daß der Verkauf gebrannter Wasser zu Trinkzwecken kleiner geworden ist. Der Rückgang der Steuererlöse hängt aber zum Teil auch mit der Absatzstockung zusammen, die in letzter Zeit bei verschiedenen Brauwässern aufgetreten ist. Auch der Verkauf der zu technischen Zwecken abgebegebenen Spritsorten, namentlich des Industriesprits, hat einen merklichen Rückgang erfahren.

Die Bilanz der Alkoholverwaltung für den 30. Juni 1949 verzeichnet folgende Hauptposten:

Aktiven:	Mill. Fr.
Gebäude und Einrichtungen	8,23
Lagervermögen	12,35
Forderungen an die eidgenössische Finanz- und Zolldirektion	9,18
Eidgenössische Schuldbuchforderung	17,0
Debitoren	4,88
Passiven:	
Reinvertrags-Ausgleichsfonds	12,0
Reservefonds	2,9
Betriebsfonds	2,0
Versicherungsfonds	2,88
Kreditoren	2,76
Die Bilanzsumme stellt sich auf	53,42

Der Gesamtertrag an Kartoffeln der Ernte 1945 wurde bei einer Anbaufläche von 62 000 Hektaren mit 125 000 Wagen eingeschätzt, was einen durchschnittlichen Ertrag von 202 Doppelzentner pro Hektare entspricht. Die Überschüsse an Kartoffeln, für welche eine zusätzliche Verwertung erforderlich war, beliefen sich auf rund 11 000 Wagen. Hiervon wurden 10 000 Wagen im Rahmen der Verkopplung mit Kraftfuttermitteln der Verfütterung zugeführt und 1000 Wagen auf Stärke verarbeitet.

Die Ausgaben der Alkoholverwaltung zur Verwertung der Kartoffelernte 1945 verteilen sich wie folgt:

Fruchtvergütungen	2,23 Mill. Fr.
Lagerkosten und Preiskontingente	6,25 Mill. Fr.
Aufwendungen für Kartoffelverwertung	2,88 Mill. Fr.
Insgesamt betragen die Aufwendungen	11,36 Mill. Fr.

Diesen Aufwendungen stehen aus dem Verkauf von Kartoffelerzeugnissen, deren Herstellung 2,88 Mill. Fr. erforderte, Einnahmen von 1,43 Mill. Fr. gegenüber. Insgesamt ergeben sich Einnahmen von 1,53 Mill. Fr., so daß die Nettoblastung aus der Kartoffelverwertung 10 Mill. Fr. ausmacht. Davon gehen zu Lasten der außerordentlichen Rechnung des Bundes 4,85 Mill. und zu Lasten der Alkoholverwaltung 5,15 Mill. Fr.

Für die Obstverwertung wurden 1,23 Mill. eingesetzt. Im Berichtsjahr hat die Alkoholverwaltung ferner 188 Brennaparate für eine Summe von 44 900 Fr. aufkauft.

Abschließend wird im Bericht der Bundesrates festgestellt, daß heute die inländische Alkoholverzeugung, die von der Alkoholverwaltung zu übernehmen ist, den Landesbedarf übertrifft. Die Überschüsse an Brauwasser, die die Alkoholverwaltung innerhalb der letzten dreißig Jahre schon zweimal in eine finanzielle Notlage gebracht und auch volkswirtschaftlich unerfreuliche Folgen zeitigt. Eine Wiederholung dieser Zustände sollte

## Kochsalz als Zahnpflegemittel

Die neuere Forschung hat gezeigt, daß der Zahnschmelz nicht einfach ein mineralisches Gebilde ist, das inhaltlich einem Porzellanbeschichtungschemie gereinigt werden darf. Der Zahnschmelz enthält ein organisches Gerüst, das gegen chemische Insulte empfindlich ist. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Frage der Zahnpflegemittel nicht einfach eine kosmetische Angelegenheit, sondern sie wird zu einem wissenschaftlichen und darüber hinaus zu einem volksgesundheitlichen Problem.

Vergleiche aus der Tierwelt lehren, daß bei einer natürlichen Nahrung eine künstliche Mundhygiene überflüssig ist, und so schreibt der bekannte Forscher Boedeker, daß der Mund eines gesunden Tieres ohne Bürste und Zahnpflegemittel in einem gesünderen Zustand sich befindet als der eines gesunden Menschen. Auch unsere Vorfahren haben unter einer primitiveren Lebensweise eine natürliche Nahrung genossen. Wie aus den Schriften von Jereias Gotthelf hervorgeht, waren vor hundert Jahren Zucker, Weißbrot und Kaffee selten auf dem Tische; Fleisch gab es einmal wöchentlich; viele frische Früchte und frisches Gemüse wurde in den Saisonzeiten genossen, in der Winterzeit viel Dörrobst, Hafer- und Milchgerichte. An Stelle dieser einfachen Nahrungsmittel sah heute Zucker und Weißbrotprodukte, Konserven und ein vermehrter Fleischkonsum getreten. Mit unserer verkochten Nahrung wird aber einerseits nicht genug gekaut, andererseits werden Zucker und Stärke, die in der modernen Nahrung so reichlich

vorhanden sind, durch den mangelnden Speichelfluß nicht genügend verdaut und abgeführt. So gleicht, wie Dr. Boitel sich ausdrückt, unser Mund einer Urnatskammer, und in diesem ungesunden Milieu kommt es zu Zahn- und Zahnfleischkrankungen.

Der Basler Volkshygieniker Dr. A. Roos macht im speziellen auf den volksgesundheitlichen Bedeutung des Genusses von Vollkornbrot aufmerksam. Sein Schüler Seiler schildert auf drastische Weise den Einfluß moderner Nahrung auf die Zähne. Im oberrheinischen Talwälder wohnte ein Mann durch den langen Winter bis vor wenigen Jahrzehnten auf eine Selbstversorgung angewiesen. Seit der Eröffnung der Furkastraße im Jahre 1864 und noch mehr der Furkabahn im Jahre 1914 haben die Nahrung und parallel damit die Zahnverhältnisse eine durchgreifende Änderung erfahren. Vom Getreide und Weißbrotimport wußte früher niemand etwas. Der gerastete Roggen wurde in den primitiven Dorföfen gemahlen und lieferte ein rauhes, vorzügliches Vollkornmehl. Gebakene wurden alle sechs bis acht Wochen. Das aufgefärbte Brot wurde steinhart. Seiler hat sich durch Selbstversuche überzeugen können, daß beim Genuß dieses Brotes nicht nur die Kauarbeit eine ganz gewaltige ist, sondern gleichzeitig wird auch die Speichelsekretion stimuliert und so schreibt Seiler: „Wir können uns keine bessere Reinigungsmethode denken als das Kauen von steinhartem Walliser Brot und zähem Trockenfleisch. Nicht nur wirkt diese Nahrung selbstreinigend, sondern durch den Kauakt wird eine enorme Speichelmenge abgesondert und das Mundmilieu saniert.“ Seit die moderne

Kochsalz stimuliert die Speicheldrüsen zu einer vermehrten Speichelabgabe, wodurch der Mund im oben angedeuteten Sinne saniert wird. Salz wirkt auch fäulnishindernd; aus diesem Grunde pökelt der Bauer das Fleisch mit Kochsalz ein. Salz wirkt blutstillend; darum hilft das Salz gegen Zahnfleischblutungen. Salz ist ein althergebranntes schmerzmittel. Salz wirkt hygroscopisch, das heißt wasseranziehend und lüftet damit die Zahnfleischwunden von Giften und Fremdstoffen. Salz entzieht aber auch dem Gewebe Wasser durch die Osmose, so wie man einem Meerestierchen Wasser entzieht, wenn man diesen mit Salz überstreut. Hochschulerperimente haben jedoch gezeigt, daß dieser Wasserverlust bei der Mundschleimhaut durch eine sofort eintretende erhöhte Blutzirkulation (Kapillarenverweiterung) kompensiert wird. Das Zahnfleischgewebe wird von innen heraus durchwässert, von seinen eigenen Zellgiften und den von außen kommenden Toxinen und Fremdkörpern befreit. Damit kommt dem Salz nicht nur eine prophylaktisch-konservierende Rolle zu, sondern auch eine therapeutisch-heilende. Es gibt nun aus physikalischen Gründen, die mit dem Molekulargewicht zusammenhängen und auf die hier einzugehen zu weit führen würde, keine praktisch brauchbare andere Substanz, welche die zur Mundhygiene günstigen Eigenschaften des Kochsalzes in gleich hohem Maße besitzt. Auch vom volkshygienischen und sozialen Standpunkte aus ist mit dem Kochsalz das Problem der künstlichen Mundhygiene am besten gesichert.

Anstatt mit Medikamenten das Gewebe von außen nach innen desinfizieren zu wollen, wobei es